



Auf der Fläche vor dem weißen Gebäudeteil des Bürgerhauses soll der Erweiterungsbau des Kindergartens St. Johannes Platz finden. FOTO: JULIUS STECKMEISTER

Kindergarten muss wachsen

Au braucht Raum für weitere Kinderbetreuungsplätze / Gemeinderat bringt Anbau auf den Weg

Von Julius Steckmeister

AU. Was bei der Vorstellung des Kindergartenbedarfsplans im Mai 2016 als „verrückte Idee“ von Architekt Richard Stoll vorgestellt wurde, nimmt nun Gestalt an: Einstimmig beauftragte der Auer Gemeinderat in seiner jüngsten Sitzung den Architekten mit der Planung eines Erweiterungsbaus für den im Bürgerhaus beheimateten katholischen Kindergarten St. Johannes. Sowohl für die Betreuung der Krippenkinder als auch für die Ü-3-Gruppen reicht der vorhandene Platz spätestens von August an nicht mehr aus.

„Mit diesen Kinderzahlen haben wir so nicht gerechnet“, gestand Bürgermeister Jörg Kindel, denn die Raumplanung für den Kindergarten im 2010 eröffneten Bürgerhaus liegt kaum zehn Jahre zurück. Derzeit gibt es insgesamt 60 Betreuungsplätze: zwei Gruppen für 20 und 25 Kinder im Ü-3-Bereich sowie eine zehnköpfige und eine fünfköpfige Krippengruppe. Letztere, die Maikäfergruppe, wurde, „um Spitzen abzudecken“, erst 2015 in dafür eigens umgestalteten Vereinsräumen des Bürgerhauses eingerichtet. „Die Betriebslaubnis für die Maikäfergruppe erlischt im September 2018, wir hoffen aber, dass sie verlängert wird“, sagte Kindel über das Provisorium. Allein im Ü-3-Bereich stünden zu Beginn des Kindergartenjahres 2018/19 acht Anmeldungen drei freien Plätzen gegenüber.

Laut Elternbefragung „nicht gewünscht“ sei ein Waldkindergarten. Über den Tageselternverein ließen sich maximal fünf zusätzliche Plätze schaffen. Zudem gehe der Bedarf „immer mehr in Richtung Ganztagsbetreuung“, was die Bereitstellung weiterer Räume zum Essen, Ruhen und Schlafen mit sich bringe.

Auch hier hatte man bereits verschiedene Optionen wie die Hinzunahme weiterer Räume des Bürgerhauses, die Nutzung von Kirchensaal oder Teilen des Rathauses, einen Kindergartenneubau an anderer Stelle und eben den bereits einmal vorgestellten Erweiterungsbau durchgespielt – wobei sich letztere Möglichkeit letztlich als die Beste erwiesen habe. Es sei anstelle der vorhandenen 470 Quadratmeter von einem Raumbedarf von insgesamt mindestens 600 Quadratmetern auszugehen, schloss Kindel.

Anbau soll möglichst energieeffizient sein

Wie diese Fläche in einem Anbau entstehen, wo dieser stehen und wie dieser aussehen könnte, erläuterte Architekt Stoll. Um „ideale Verbindungen“ zwischen Neubau und Bestand zu schaffen, habe sich die Freifläche zwischen Rat- und Bürgerhaus als optimal erwiesen. Hier könne ein dreigeschossiger Bau mit insgesamt rund 290 Quadratmetern Grundfläche entstehen. Auf das in Massivbauweise errichtete Untergeschoss würden zirka 65 Quadratmeter Grundfläche entfallen, deren Nutzung Stoll noch offen ließ. Im Erdgeschoss verortete Stoll den zusätzlichen Ü-3-Bereich mit fünf Räumen auf zirka 110 Quadratmeter Fläche, im ersten Obergeschoss solle schließlich auf etwa 115 Quadratmetern, unterteilt in vier Räume, die Krippe ihren Platz finden. „Die Vereinsräume im Bürgerhaus könnten dann wieder freigegeben werden“, stellte Stoll in Aussicht. Für die Krippe hatte der Planer noch eine zweite Variante in petto: diese in das Obergeschoss des Bürgerhauses und die dadurch wegfallenden Vereinsräume in den Neubau zu verlegen.

Dies böte zwar logistische Vorteile, jedoch müssten zum einen die einst für den Bau der Vereinsräume erhaltenen Zuschüsse von etwa 30000 Euro an das Land zurückgezahlt werden, zum anderen müsse bei der Bauweise des Anbaus – beispielsweise für Musikproben – ein größeres Augenmerk auf den Lärmschutz gelegt werden, gab der Architekt zu bedenken. Die reinen Baukosten veranschlagte Stoll grob auf 750000 Euro, wobei Zuschüsse in Höhe von insgesamt 195000 Euro beantragt werden könnten.

„Alles andere macht keinen Sinn“, lautete Klaus Asals (CDU) klares Votum für den Anbau. Welche Einschränkungen für den Kindergartenbetrieb während der Bauphase entstünden, wollte er von Stoll wissen. Dieser beruhigte – nur bei den Eingriffen in den Bestand würde es „etwas eng“ sein. Keinen Neubau, sondern den Anbau befürworteten auch Arno Mattes (WBU) und Frieder Büchler (WV). Letzterer betonte, dass man bei der Entscheidung, wo die Ü-3-Betreuung künftig ihre Heimat findet, Eltern wie Kindergarten-Team mit einbeziehen solle.

Wie lange die Bauzeit für den Anbau betrage, wollte Florian Schneider (CDU) wissen. „Etwa sieben Monate“, antwortete der Architekt. Einen Antrag hatte die WBU-Fraktion vorbereitet. Da die Gemeinde Mitglied beim Naturpark Südschwarzwald sei, könne dort eine kostenfreie Bauberatung zum Thema Bauen mit Holz aus der Region in Anspruch genommen werden. Auch solle beim Anbaubau ein „möglichst hochwertiger Energiestandard“ Berücksichtigung finden, trug Arno Mattes vor.

Man einigte sich einstimmig, dass sich Planer Stoll und der Berater des Naturparks zusammensetzen sollten. „Holzbauweise ist für uns nichts Neues und Passivhausstandard auch nicht“, versicherte Richard Stoll.

Ältere Bürger werden um Antworten gebeten

Fragebogen in Bollschweil ist Thema eines Seniorennachmittags

Von Gabriele Hennicke

BOLLSCHWEIL. Noch bis Dienstag haben die älteren Bürger in Bollschweil und St. Ulrich Gelegenheit, den umfangreichen anonymen Fragebogen zum Leben und Wohnen im Alter, den Gemeinde, die Agenda 21, soziale Arbeitskreise und die Katholische Hochschule Freiburg entwickelt haben, im Rathaus abzugeben. Um die Fragebogenaktion zu unterstützen, luden die Agenda 21, der Seniorenkreis Bollschweil/St. Ulrich und die Beratungsstelle für ältere Menschen im Landkreis zu einem Seniorennachmittag ein.

Der Kaffeetisch war gedeckt, nach und nach kamen immer mehr Seniorinnen und auch einige Senioren in den barrierefreien Raum im Alten Rathaus. Am Ende waren es 22 Menschen, die sich – auch in zweiter Reihe – um den Tisch drängten. Veronika Schweizer, die Sprecherin der Agenda 21, und Lou Hagbarth, Sprecherin der Agenda-Abbeitskreises „Demographischer Wandel“, erklärten, wie es dazu kam, die Menschen im Alter über 55 Jahren zu ihren Wünschen ans Leben und Wohnen in Bollschweil zu befragen.

Dann übernahm Heike Ostrowski von der Beratungsstelle für ältere Menschen und ging mit den Anwesenden Punkt für Punkt den umfangreichen Fragenkatalog durch. Sie erläuterte, was sich hinter Begriffen wie Tagespflege, Betreutes Wohnen und Pflegeheim verbirgt und welche Hilfen für Senioren es in der Hexentalgemeinde schon gibt. Ausführlich sprachen

die Anwesenden über ihre Bedürfnisse hinsichtlich Mobilität und Infrastruktur und kulturelles Angebot in Bollschweil. Gibt es einen Bedarf an Angeboten wie einem Tagestreff mit Aktivitäten wie Gedächtnistraining, gemeinsames Werken und Basten, Literatur? Dies war eine der Fragen, die die Agenda-Vertreterinnen in die Runde stellten.

„Der barrierefreie Raum im Erdgeschoss des Alten Rathauses bietet sich ideal für Veranstaltungen für Senioren an“, sagte Lou Hagbarth. Auch das Seniorenwerk möchte die Räumlichkeiten im Alten Rathaus wegen der Barrierefreiheit verstärkt nutzen, wie Ida Feiler vom Seniorenwerk betonte. Weitere Veranstaltungen des Arbeitskreises „Demographischer Wandel“ sind bereits terminiert. Am Donnerstag, 23. November, wird es darum gehen, welche Wohn- und Betreuungsangebote für Senioren in Bollschweil sinnvoll wären. Bei dem Treffen sollen konkrete Anregungen für das geplante Baugebiet südlich der General-von-Holzinger-Straße entwickelt werden. Bei der Bürgerversammlung am 22. Januar werden die Ergebnisse der Umfrage zu Leben und Wohnen im Alter vorgestellt. Außerdem möchte der Arbeitskreis „Demographischer Wandel“ bei dieser Gelegenheit mit den Bollschweilern über neue Angebote für Senioren sprechen.

Die Abgabe des Fragebogens im Rathaus ist bis spätestens morgen, Dienstag, 24. Oktober, möglich. Man kann auch nur einzelne Fragen beantworten.



Veronika Schweizer und Lou Hagbarth (stehend links und rechts) sprechen mit den Senioren über ihre Zukunftsvorstellungen. FOTO: GABRIELE HENNICKE

KURZ GEMELDET

PPAFFENWEILER Schülerkonzert

Ein Schülerkonzert der Jugendmusikschule findet am Dienstag, 24. Oktober, im Musiksaal der Schneckenfelschule statt. Beginn ist um 18.30 Uhr, es musizieren Schüler der Klassen Klarinette, Klavier, Querflöte und Saxophon. Der Eintritt ist frei.

BOLLSCHWEIL Politischer Stammtisch

Der SPD-Ortsverein Ehrenkirchen lädt ein zu einem regionalen Stammtisch am Dienstag, 24. Oktober, um 19.30 Uhr im Gasthaus Bolando in Bollschweil.

EHRENKIRCHEN Filmabend am Dienstag

Die „Hilfe von Haus zu Haus obere Möhlin“ zeigt in Kooperation mit der evangelischen Kirchengemeinde Ehrenkirchen-Bollschweil den Dokumentarfilm „Family Business“ am Dienstag, 24. Oktober, 19 bis 21 Uhr, im Paul-Gerhardt-Haus. Im Film geht es um die Polin Jowita, die in Deutschland bei einer demenzen Frau lebt und arbeitet.

Ob Sprachbarrieren, kulturelle Andersartigkeiten oder Meinungsverschiedenheiten – der Zuschauer ist direkt eingebunden und erlebt heitere, schwierige und berührende Momente.

Ratssitzung

Mit dem Baugebiet „Riedmatten“ und der Vorstellung eines weiteren städtebaulichen Konzepts beschäftigt sich der Gemeinderat am Dienstag, 24. Oktober, 19.30 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses. Außerdem geht es um die Einführung des neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens.

SÖLDEN Gemeinderat tagt

Um die Grundschule, die Ansiedlung eines Supermarktes und Vergaberichtlinien für das Neubaugebiet geht es in der nächsten öffentlichen Gemeinderatssitzung in Sölden am kommenden Mittwoch, 25. Oktober, von 19 Uhr an im Sitzungssaal des Rathauses. Auf der Tagesordnung stehen außerdem die Vergabe der barrierefreien Wohnungen sowie die Einführung eines Gemeindevollzugsdiensts.

BRIEFE AN DIE BZ

UNECHTE TEILORTSWAHL

„Gangbarer Weg auch für andere Kommunen“

Zum Artikel „Unechte Teilortswahl ist Geschichte“, in der BZ vom 19. Oktober, schreibt eine Leserin:

Die Gemeindereform zu Beginn der 1970er Jahre führte zu einer Besonderheit in Baden-Württemberg, der unechten Teilortswahl, die hier, mehr oder weniger, jedem Bürger bekannt ist und dennoch zu einer überdurchschnittlich hohen Zahl an ungültigen Wahlstimmen führt.

Kumulieren und panaschieren ist eben nicht jedermanns Sache. Laut Landeszentrale für politische Bildung war bei den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg die Wahlbeteiligung insgesamt niedriger als in den meisten anderen Flächenstaaten der Bundesrepublik.

Vor der Kommunalwahl 2019 bietet es sich nun an, über dieses Thema zu sprechen, wie es die Gemeinde Schallstadt jetzt getan hat. Wiederholt stellte Jürgen Fleckenstein, Professor der Verwaltungshochschule Kehl, die unechte Teilortswahl mit ihren Vor- und Nachteilen dem dortigen Gemeinderat vor.

Ein gangbarer Weg auch für andere Kommunen, hielten doch im Jahr 2014 nur noch zirka 40 Prozent der Gemein-

den im Land daran fest. Wie viele „Dinosaurier“ es heute noch sind, konnte ich nicht erfahren, doch in den vergangenen Jahren wurde in zahlreichen Gemeinden die unechte Teilortswahl durch Änderung der Hauptsatzung abgeschafft.

Ob es weitere Gemeinden in unserem Landkreis geben wird, die sich rechtzeitig mit diesem Thema auseinandersetzen? Es bleibt zu hoffen.

Beatrix Schwanenberg, Bad Krozingen

Leserbriefe geben die Meinung unserer Leser wieder, nicht die der Redaktion. Sie werden nur mit vollem Namen veröffentlicht. Wir freuen uns über jede Zuschrift, müssen uns aber das Recht zur Kürzung vorbehalten.